



Jahrespressekonferenz 2008

Hintergrundinformation 11

Die Bank für europäische Projekte

Luxemburg, den 28. Februar 2008

Partnerländer im AKP-Raum

Die EIB hat in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean ein Entwicklungsmandat zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Armutsbekämpfung. Ihre Tätigkeit in dieser Region erfolgt auf der Grundlage des zwischen den AKP-Ländern und der EU abgeschlossenen Partnerschaftsabkommens von Cotonou.

Die EIB hat 2007 869 Mio EUR für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in AKP-Ländern vergeben.

2007 hat die Europäische Investitionsbank ihre Präsenz in den **Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP)** verstärkt und insgesamt 756 Mio EUR in diesen Ländern und in den Überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG)¹ vergeben. Darüber hinaus erhielt die Republik Südafrika einen Finanzierungsbeitrag von 113 Mio EUR.

Die EIB vergibt Mittel aus zwei Quellen – aus ihren eigenen Mitteln und aus Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. 2007 erreichten die Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank mit 432 Mio EUR ein Rekordhoch.

Die EIB unterstützt die Kooperations- und Entwicklungspolitik der EU in diesen Regionen mit dem Ziel, einen Beitrag zu besseren sozialen Rahmenbedingungen zu leisten und das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele zu fördern. Ihre Unterstützung in den AKP-Ländern umfasst allerdings nicht nur die Gewährung von Darlehen, sondern auch fachliche Beratung, die von ihren Dienststellen in der Vorbereitungsphase von Projekten geleistet wird.

Wichtige Projekte

2007 stellte die EIB Finanzierungsbeiträge zu 25 Entwicklungsprojekten in Afrika, in der Karibik und im pazifischen Raum bereit, von denen sieben grenzüberschreitende Vorhaben betrafen. Zwei Projekte wurden in den Überseeischen Ländern und Gebieten und weitere zwei in Südafrika mitfinanziert. Die EIB förderte vorrangig **Projekte mit positiven Entwicklungseffekten** wie beispielsweise Umweltinitiativen, große Energie- und Verkehrsinfrastrukturvorhaben sowie Aktivitäten privater Unternehmen. Zu den wichtigen Projekten in diesen Regionen gehörten:

- Die ersten zweckgebundenen Globaldarlehen der EIB in den ÜLG, deren Schwerpunkt auf **lokalen Projekten in den Bereichen erneuerbare Energien und Umwelt** liegt. Mit der Bereitstellung langfristiger Finanzierungen werden auch dem Finanzsektor kräftige Impulse verliehen. Die Globaldarlehen in Höhe von je 5 Mio EUR gingen an die Banque Calédonienne d'Investissement (BCI) in Neukaledonien und an die Banque SOCREDO in Französisch-Polynesien.
- Ein Darlehen von 136 Mio USD an Uganda ist für den Ausbau der knappen Stromversorgungskapazität des Landes bestimmt, die gegenwärtig die Entwicklung der Wirtschaft erheblich beeinträchtigt. Das **Wasserkraftprojekt** Bujagali umfasst den Bau eines Staudamms und eines Wasserkraftwerks am Nil. Das Projekt wird umweltbelastende und teure Wärmekraftwerke weitgehend ersetzen und die Stromerzeugungskapazität Ugandas verdoppeln. Die EIB hat sich als Mitglied eines internationalen Finanzierungskonsortiums, dem die Weltbankgruppe, die Afrikanische Entwicklungsbank und europäische bilaterale Einrichtungen angehören, an diesem Projekt beteiligt.
- Ein Darlehen von 25 Mio EUR ging an das private Unternehmen Sonae Novobord in Südafrika. Die Mittel sind für den **Ausbau der Kapazität eines Faser- und Spanplattenwerks** in White River in

¹ Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Empfängerländern, die verfassungsmäßig zu vier EU-Mitgliedstaaten – zu Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Dänemark – gehören.

der Provinz Mpumalanga bestimmt und tragen dazu bei, dem starken Anstieg der Binnennachfrage aus der Möbelindustrie und dem Bausektor Rechnung zu tragen. Mit dem Projekt sind zahlreiche soziale Vorteile verknüpft. Es schafft Arbeitsplätze in einer Region mit hoher Arbeitslosenquote, sorgt für berufliche Qualifikation durch Schulungen und fördert gute Praktiken im Gesundheitswesen und die Durchführung von HIV-Tests.

EIB legt neuen Infrastrukturfonds auf und eröffnet zwei Regionalbüros

Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten nahm 2007 mit der Einleitung einer **gemeinsamen Initiative zur Förderung von Infrastrukturprojekten** in Afrika südlich der Sahara einen prominenten Platz auf der Agenda der EIB ein. Im Laufe des Jahres vervollständigte die Bank außerdem ihr **Netz von Regionalbüros** in den AKP-Ländern, um einen intensiveren Dialog und eine engere Partnerschaft mit den örtlichen Regierungsbehörden, der Privatwirtschaft, regionalen Entwicklungsbanken und Delegationen der Europäischen Kommission sicherzustellen.

Im April 2007 richteten die EIB und die Europäische Kommission den **Treuhandfonds für die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika** ein, an dem sich 10 EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission finanziell beteiligen, während die EIB die Verwaltung des Fonds übernimmt. Der Fonds fördert die Entwicklung grenzüberschreitender Infrastruktur in afrikanischen Ländern südlich der Sahara und gewährt Zuschüsse für Vorhaben in den Bereichen Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation.

Der Treuhandfonds vereint das technische Know-how und die Finanzierungskapazität der Bank und anderer EU-Entwicklungshilfeeinrichtungen mit den Zuschussmitteln der Europäischen Kommission. Er verfügt zurzeit über 98 Mio EUR, von denen 16,2 Mio EUR bereits für vier Infrastrukturprojekte genehmigt wurden.

Ein Projekt für den Aufbau eines regionalen Strommarktes in Westafrika gehört zu den ersten Begünstigten des Treuhandfonds. Der **West African Power Pool** erhielt einen Zuschuss von 3 Mio EUR für die Finanzierung von zwei vorbereitenden Studien für Investitionsvorhaben zur Schaffung von Stromverbundnetzen zwischen Ghana, Burkina Faso und Mali sowie zwischen Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone und Guinea. Diese Projekte werden einen Beitrag zu einer kostengünstigeren und zuverlässigeren Stromversorgung leisten und das Engagement der EIB für den Wiederaufbau in den vom Krieg betroffenen Ländern verdeutlichen.

Die EIB eröffnete im Mai 2007 eine regionale Vertretung in Fort-de-France (Martinique) und im November 2007 eine weitere in Sydney (Australien). Diese beiden **Regionalbüros** werden für die Karibik bzw. für den pazifischen Raum zuständig sein. Nachdem 2005 bereits ein Büro in Nairobi für Ost- und Zentralafrika, ein Büro in Dakar für Westafrika und ein weiteres in Tshwane für das südliche Afrika und die Region am Indischen Ozean eröffnet worden waren, ist nunmehr der gesamte AKP-Raum durch fünf Regionalbüros der EIB abgedeckt. Durch die Präsenz von Mitarbeitern vor Ort hat die Bank die Möglichkeit, Projekte regelmäßig zu besichtigen. Zudem werden die Kommunikation und die Kooperation zwischen Projekträgern, Geldgebern in der Region und Delegationen der Europäischen Kommission erleichtert.

Ausblick für 2008

Zu den 2008 zu unterzeichnenden Finanzierungen gehören:

- Ein Darlehen von 18,5 Mio EUR für die Versorgung der Einwohner von Ouagadougou in Burkina Faso mit **sauberem Trinkwasser**. Seit dem Bau des Ziga-Staudamms ist die Trinkwassernachfrage in der Hauptstadt des Landes gestiegen. Das Trinkwasserprojekt, das an den 2005 abgeschlossenen früheren Ausbau des Trinkwassernetzes anschliesst, wird die Lebensbedingungen der 1,2 Millionen Einwohner der Stadt verbessern. Für das erste Trinkwasserprojekt hatte die EIB 14 Mio EUR zur Verfügung gestellt.
- Ein Darlehen über 13 Mio EUR, mit dem für 250 Millionen Afrikaner ein kostengünstigerer und **besserer Zugang zu Telekommunikationsdiensten** geschaffen werden soll. Das East African Submarine Cable System (EASSy) wird die Telekommunikations- und Internet-Infrastruktur entlang der ostafrikanischen Küste umgestalten. Djibouti, Somalia, Kenia, Tansania, Madagaskar, Mosambik, Mayotte und die Komoren werden an 10 000 km Glasfaserkabel angeschlossen, die vom Sudan bis nach Südafrika entlang der Küste verlegt werden.
- Ein Globaldarlehen von 150 Mio EUR für die Finanzierung von **bezahlbaren Sozialwohnungen** in Südafrika. Hierbei handelt es sich um das erste EIB-Darlehen in Südafrika, das direkt an öffentliche und private Finanzierungsinstitute vergeben wird. Mit dem Finanzierungsbeitrag der EIB werden

bessere Wohn- und Lebensbedingungen für Haushalte mit geringen Einkommen geschaffen. Das Projekt leistet einen Beitrag zum Erreichen der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Landes, nämlich Armutsbekämpfung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbrechensbekämpfung, sozialer Zusammenhalt und Empowerment der armen Bevölkerung.

Allgemeine Angaben:

Die EIB in den AKP- und ÜLG-Ländern

Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist seit 1963 ein aktiver Partner für die Entwicklung zahlreicher Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten) und nimmt diese Aufgabe seit 1968 auch in den Überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) wahr.

Ihre Finanzierungen in diesen Ländern sind integraler Bestandteil der finanziellen Unterstützung, die die EU im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens von Cotonou bereitstellt. Dieses Abkommen wurde im Juni 2000 unterzeichnet und bleibt 20 Jahre in Kraft. In seinem Rahmen werden jeweils für aufeinander folgende Zeiträume von fünf bis sechs Jahren Finanzprotokolle festgelegt.

Darüber hinaus hatte die EIB im Rahmen des ersten Finanzprotokolls von 2003 bis 2007 die Verwaltung der Investitionsfazilität (IF) inne. Die IF ist ein revolvingender risikotragender Fonds mit einer Mittelausstattung von 2,037 Mrd EUR zur Unterstützung von Investitionen, die von privaten Unternehmen bzw. von kommerziell geführten öffentlichen Einrichtungen (darunter auch Einnahmen erzielende Infrastruktureinrichtungen) durchgeführt werden. In Ergänzung dazu gewährte die EIB Darlehen aus eigenen Mitteln bis zu einem Gesamtbetrag von 1,7 Mrd EUR, die durch eine Garantie der Mitgliedstaaten besichert sind.

Parallel dazu wurde im November 2001 eine Investitionsfazilität in Höhe von 20 Mio EUR für 20 Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG) eingerichtet. Die Finanzierungsmittel der EU wurden durch einen Betrag von max. 20 Mio EUR aus eigenen Mitteln der Bank ergänzt, der durch eine Garantie der Mitgliedstaaten besichert ist.

In bestimmten Fällen wurden für Projekte, die eine bedeutende ökologische und/oder soziale Komponente haben, oder für Investitionsvorhaben des öffentlichen Sektors in Ländern, die wirtschaftliche Anpassungsprogramme durchführen, Zinsvergütungen für die Darlehen zur Verringerung der Finanzierungslast gewährt.

Investitionsfazilität – Zweites Finanzprotokoll 2008-2013

Das zweite Finanzprotokoll für den Zeitraum 2008-2013 sieht eine weitere Zuweisung von 1,53 Mrd EUR für die Investitionsfazilitäten AKP und ÜLG vor. Dieser Betrag wird durch ein höheres Finanzierungsvolumen aus eigenen Mitteln der EIB von bis zu 2 Mrd EUR für die AKP-Länder und von bis zu 30 Mio EUR für die ÜLG-Länder ergänzt.

Das neue Finanzprotokoll tritt im Laufe des Jahres 2008 in Kraft, wenn der Ratifizierungsprozess für das überarbeitete Partnerschaftsabkommen abgeschlossen ist. Bis zum Abschluss dieses Prozesses wird die EIB zusätzlich zu ihren eigenen Mitteln die im Rahmen des ersten Protokolls noch zur Verfügung stehenden Mittel verwenden.

Finanzierungen der EIB in Südafrika

Südafrika gehört zwar zu den AKP-Ländern, wird jedoch im Rahmen eines gesonderten Mandats von der EIB unterstützt. Im Oktober 2007 unterzeichnete die EIB eine Absichtserklärung mit der Republik Südafrika, mit der sie dem Land finanzielle Unterstützung bis 2013 zusagt. Von 2007 bis 2013 wird die EIB an Südafrika Darlehen von max. 900 Mio EUR vergeben. Die EIB arbeitet mit südafrikanischen Behörden, öffentlichen Einrichtungen, privaten Unternehmen und dem Finanzsektor zusammen, um den Schwerpunkt der Investitionen auf Infrastrukturprojekte von öffentlichem Interesse zu legen (darunter kommunale Infrastruktur, Strom- und Wasserversorgung) und den privaten Sektor zu fördern, darunter kleine und mittlere Unternehmen.

Für weitere Informationen über die EIB siehe www.eib.org.

Pressekontakt: Presseabteilung, press@eib.org; Tel.: (+352) 43 79 - 21000; Fax: (+352) 43 79 - 61000
Allgemeine Fragen: EIB Infodesk, info@eib.org; Tel.: (+352) 43 79 - 22000; Fax: (+352) 43 79 - 62000